



DKP

LASST ES UNS NOCHMAL VERSUCHEN!

Als mich die DKP fragte, ob ich zum Landtag kandidieren würde, war meine erste Reaktion ablehnend. Zuviel Enttäuschung über die herrschende Politik hatten die letzten Jahre gebracht, außerdem ist die gigantische Kraft und Energie, die ein solcher Wahlantritt verschlingt noch gut in Erinnerung von meiner Kandidatur zum Regionalparlament von Nordirland, meinem Wohnsitz für viele Jahre.

Aber dann kamen die bohrenden Fragen:

- Wenn alle so denken, wer wird je die Menschenverachtung der Herrschenden und ihrer Parteien durchbrechen?
- Wie lange noch sollen Krieg, Ungerechtigkeit, Zerstörung der Natur weitergehen, wenn es im Parlament und besonders außerhalb, keinen echten, ernsthaften Widerstand dagegen gibt? Dieser Widerstand sollte auch wählbar sein.
- Wenn eine kleine, aber nachweislich *nicht* korrupte, *nicht* von Geldgier getriebene, *nicht* von reichen Geldgebern abhängige Partei wie die DKP antritt, um das Parlament als Stimme der kleinen Leute zu nutzen:

Ist es da nicht meine Pflicht, die Erfahrungen, die ich in über 40 Jahren politischer und gewerkschaftlicher Arbeit gesammelt habe einzusetzen?

Aus diesen Gründen – und nur aus diesen – habe ich dem Wunsch meiner Genoss/innen und vieler Freunde entsprochen und entschieden, im Wahlkreis 38 (OSL 1) als Direktkandidatin und auf Platz 2 der Landesliste für die DKP zu kandidieren.

Last es uns nochmals versuchen: Ernsthaft, ehrlich und einzig für die Interessen der arbeitenden Menschen. Wir haben Besseres verdient, als das, was uns die Herrschenden bieten.

Es ist möglich, Politik ohne Lüge, ohne Profitgier, ohne Anbiederei an die Reichen zu machen. Dafür stehe ich!

- Gegen Krieg und Aufrüstung – für Frieden und Abrüstung!
- Für echten Umweltschutz – gegen die endgültige Zerstörung der Natur!
- Gegen Ausländerfeindlichkeit – für Solidarität der kleinen Leute, gleich woher sie kommen!
- Für mehr und bessere Arbeit – gegen die Zerschlagung unserer Industrie und des Handwerks!
- Gegen die Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit – für das Streikrecht, auch das politische!
- Alles für unsere Kinder und Jugendlichen – gegen die Kürzungen im Erziehungsbereich!
- Armut, besonders im Alter, ist eine Schande für dieses Land – wir können unseren älteren Mitbürgern ein besseres Leben bieten!

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!

ARMUT IST EINE SCHANDE FÜR DIESES LAND!

Armut ist kein Naturgesetz – sie ist von den Herrschenden gewollt und wird von den Politikern *aller Parteien* hingenommen.

Die neuesten Zahlen (meist von 2023) sprechen eine grausame Sprache: Mehr als jeder fünfte Mensch in Deutschland ist arm, bei Kindern liegt diese Zahl erheblich höher. Fast die Hälfte aller alleinerziehenden Mütter sind arm.

Die Zahlen auf denen diese Angaben basieren, sind sowohl vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, wie auch vom Europarat ermittelt, beiden kann beileibe nicht unterstellt werden, dass sie zugunsten der Menschen „übertreiben“, wir haben Grund, anzunehmen, dass die Realität noch schlimmer ist. Die Abgeordnete Sarah Wagenknecht fragte im Bundestag an, wieviele Renten unter der Armutsgrenze liegen. Die Antwort kam vor wenigen Wochen vom Sozialministerium: 54,3 % (!!)

aller Renten in Deutschland sind geringer, als 1.100 Euro pro Monat, ein Skandal, der seinesgleichen sucht!

Dabei müsste im 21. Jahrhundert kein Mensch arm sein, sieht man den Reichtum, den die arbeitenden Menschen weltweit, besonders hier, erarbeiten. Es ist die Profitgier der Unternehmen und die Leming – Mentalität „unserer“ Politiker, die Armut produzieren bzw. erhalten.

„Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben“ – dieser alte Slogan der Arbeiterbewegung ist heute wahrer denn je.

Aber: Wer beispielsweise im Brandenburger Landtag sitzt und im Monat ca. 10.000 Euro (!!)

einstreicht, der / die wird nichts tun, um den hohen Herren ans Leder, sprich an die Profite zu gehen. „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“ – diese Einstellung muss und kann zerschlagen werden!

- Jeder Fall von Bezahlung unter Minimum Lohn muß sofort unterbunden und die Verantwortlichen bestraft werden. Der Landtag muß sich bei Bekanntwerden solcher Fälle – es gibt sie in großen Mengen und zunehmend – unverzüglich damit beschäftigen.
- Die Verleumdung und Beschimpfung von Arbeitern, die für höhere Löhne eintreten (auch streiken), durch die Medien muß beendet werden. Als Politiker sind wir verpflichtet, unsere Stimme für die kleinen Leute und für ihre Gewerkschaften zu erheben.
- Alle sozialen Projekte, die sich für eine bessere Verteilung engagieren und Armen helfen (wie etwa die Tafeln), müssen höchste Priorität erhalten und vom Landtag unterstützt werden.

FÜR ECHTEN UMWELTSCHUTZ GEGEN DIE ENDGÜLTIGE ZERSTÖRUNG DER NATUR!

„Grüne Lippenbekenntnisse“ helfen der geschundenen Natur nicht, wir haben keine Zeit zu vergeuden. Wenn der Umweltminister feststellt, dass nur noch jeder achte Baum in Brandenburg gesund ist, dann ist das eine erschreckende Zustandsbeschreibung, bei der es keine Minute länger bleiben darf. Das „große Bild“ ist noch schlimmer, die Weltklimabehörde hat erst jetzt wieder darauf hingewiesen, dass die Erwärmung der Erde nicht nur weitergeht, sondern an Geschwindigkeit immer noch zunimmt.

Was sagen die etablierten Parteien? Mit der CO₂ – Steuer wollen sie nicht nur den Falschen, sprich den kleinen Leuten, die an der Klima – Katastrophe keine Schuld haben, das Geld aus der Tasche ziehen, sie vernebeln auch die Wahrheit:

98 % aller klima - schädlichen Gase werden von den großen Betrieben und der industriellen Landwirtschaft erzeugt, nicht von den Haushalten!

Die wirklichen Verursacher müssen sofort gezwungen werden, ihre Dreckschleudern zu säubern, technisch ist das heute möglich, es kostet aber Geld.

Dieses Geld verdienen die Unternehmen, sie müssen gezwungen werden, es im Interesse der Umwelt auszugeben.

Sollte ich in den Landtag gewählt werden, kommen diese Tatsachen auf den Tisch, ob es den bürgerlichen Parteien passt, oder nicht.

Ich kann und werde nachweisen, dass:



- Die gravierendsten Umwelt- und als Folge daraus Klimaprobleme lösbar sind.
- Wirksamer Umweltschutz nur im Kampf gegen die großen Konzerne durchsetzbar ist.
- Der größte Umweltverschmutzer Krieg ist.
- Ein vorzeitiger Kohleausstieg derzeit *nicht* im Interesse der Umwelt liegt.

Interessierten stelle ich gerne alle Details, die ich kenne, zur Verfügung.

GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT DER GEGNER SITZT IM EIGENEN LAND!

Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhaß und Rassismus sind wie Krebsgeschwulste am Körper unserer Gesellschaft. Sie haben nur einen einzigen Sinn: Das gemeinsame Handeln der arbeitenden Menschen gegen „die da oben“ zu verhindern.

- *Wer Menschen aus anderen Ländern (gleich warum und wie sie hier hergekommen sind) als Verursacher der Probleme dieses Landes ansieht, der lügt entweder ganz bewußt, oder er / sie ist der Lügenpropaganda der Herrschenden voll auf den Leim gegangen!*
- *Wer Grenzen schließen will, der kapiert nicht, dass der Gegner hier im Inneren des Landes sitzt!*
- *Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sie verlaufen zwischen oben und unten!*

Es wird dieser Tage gerne und schwülstig von „Heimat“ geredet. Ja, ich mag diese meine Heimat, besonders so, wie sie mal war: Gastfreundlich, menschenfreundlich und von internationaler Solidarität geprägt.

Meine Freundin Angela Davis (USA) erzählte mir vor kurzem wie ihr die beispiellose Kampagne „Befreit Angela Davis“, die weltweit, aber ganz besonders aus der DDR initiiert wurde, das Leben gerettet hat!

So soll das Zusammenleben der Menschen sein, da müssen wir wieder hin, dafür stehe ich auf der Straße, dafür werde ich auch im Landtag stehen!

„Bis es keine erst- und zweitklassigen Bürger irgendeiner Nation mehr gibt
Bis die Hautfarbe eines Menschen nicht mehr bedeutet, als die Farbe seiner Augen
Müssen wir kämpfen, dem System den Krieg erklären!“

(Bob Marley & Sinead O 'Connor)

QUALIFIZIERTE ARBEITSPLÄTZE FÜR ALLE

DIE ZERSTÖRUNG VON HANDWERK UND INDUSTRIE STOPPEN!

Zwei Beispiele (von vielen) sollen verdeutlichen, wo wir heute stehen:

- Vor dem Ende der DDR waren hier ca. 300.000 Arbeiter/innen in der Textilindustrie beschäftigt, als Weberin kenne ich diesen Zweig besonders genau. Heute liegt die Zahl bei gut 10.000. Das bedeutet: Über 90 % der Industrie wurde vernichtet – und das bei erheblich gestiegenem Bedarf an Textilien. Brandenburg ist aufgrund seiner großen Tradition in industrieller und handwerklicher Textilherstellung besonders von dieser katastrophalen Entwicklung betroffen – alles andere als dies Zerstörungswut zu nennen, ist Schönfärberei.

Was tat / tut der Landtag dagegen?
Die Antwort hat 6 Buchstaben:
NICHTS!

Brandenburg wird richtigerweise als sehr kreative Gegend beschrieben, in der Tat gehören zahlreiche Handwerke hier zu den ältesten in Deutschland und darüber hinaus. Können die Handwerker/innen von ihrer harten Arbeit leben? Man muß nur die Warnungen der Handwerkskammer lesen, um zu wissen: Immer weniger Handwerker sind in der Lage, ihre meist kleinen Firmen zu erhalten, damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Was tut der Landtag: Die Antwort sind die gleichen 6 Buchstaben wie oben!

Eine Umfrage des Handwerksblatts, bei dem die politischen Parteien nach ihrer Position befragt wurden liest sich geradezu grotesk, wenn man/frau Realität der vergangenen Jahre beobachtet hat. Die ganzen selbsterklärten Freunde des Handwerks haben nicht ein Wort der Erklärung, wie es denn zu der schlechten Lage kam.

Die DKP wurde übrigens bei der Umfrage einfach übergangen.

Das Landesparlament muß sofort:

- Alle Fragen des Abbaus von Arbeitsplätzen und der Schaffung neuer Stellen mit oberster Priorität behandeln!
- Jedem Konzern, der Arbeitsplätze „wegglobalisiert“, sprich in sogenannte „Billigländer“ verlagert, unverzüglich alle Zuschüsse seitens des Landes streichen!
- Jeden Abbau von Arbeitsplätzen mit allen Mitteln öffentlich machen. Die Menschen draußen müssen sehen, was bei den Konzernen drinnen vorgeht!
- Kleinen Firmen, die um ihr Überleben kämpfen Hilfe zukommen lassen: Schnell, unbürokratisch und ohne „wenn und aber“!
- Dort, wo die Arbeiter/innen in großen Firmen um ihre Arbeitsplätze kämpfen, auf Seiten der Gewerkschaften und nicht gegen sie Öffentlichkeit schaffen und Solidarität üben!

Der Landtag kann und muß selbst beispielgebend wirken:

Alles, was in Potsdam verwendet wird, vom Möbel bis zum Toilettenpapier, vom Kaffee bis zum Notitzpapier... muß nachweisbar und von den Menschen überprüfbar aus heimischer Herstellung kommen und zwar ab sofort!

So machen Worte wie „nachhaltig“ oder „aus der Region“ Sinn, nicht in irgendwelchen Werbesprüchen!

Sollte ich gewählt werden, so werde ich selbstverständlich meine in mehr als 30 Jahren handwerklicher Tätigkeit geschaffenen Geschäftsverbindungen in Irland,

Großbritannien und den USA nutzen, um Handwerker/innen aus Brandenburg Kontakte zu schaffen. Dies reicht aber bei Weitem nicht aus. Wie bei industriellen Arbeitsplätzen, muß dem Handwerk viel höhere Piorität gegeben werden, als dies jetzt der Fall ist.

Ich denke, es wird nur wirklichen Fortschritt geben, wenn die großen Monopole zurückgedrängt, der Flut von importiertem „Billigschrott“ und dem Vernichten von Arbeitsplätzen Riegel vorgeschoben werden.

GEGEN KRIEG UND AUFRÜSTUNG!

Bei der breiten Diskussion um Frieden, der Angst der Menschen vor einem Krieg, der auch unser Land direkt betrifft, bei den engagierten Versuchen, Widerstand gegen die Kriegstreiber zu leisten, wie etwa den Ostermärschen, die in diesem Jahr – auch in Brandenburg – zunehmende Teilnehmerzahlen verzeichneten, wird oft die „untere Ebene“, also die Politik in den Ländern und Kommunen, nicht ausreichend als Hebel des Kampfes um Frieden und Abrüstung erkannt.

Dabei ist mittlerweile vollkommen klar, dass etwa die schlimme Finanznot der Länder ein direktes Ergebnis der schier unstillbaren Gier der Rüstungskonzerne und ihrer „Lobby“ bei den Politikern ist.

Wer „oben“ Milliarden für die Rüstung rauswirft, hat „unten“, sprich da, wo es dringend benötigt wird, kein Geld übrig!

Es wird keine Sitzung des Brandenburger Landtags geben, in der ich nicht auf diesen Zusammenhang hinweisen werde. Es ist gut, sich allgemein zum Frieden zu bekennen, aber es reicht nicht. Wer wirklich für Frieden und Abrüstung ist, darf keiner Kürzung, keiner Ablehnung von sozialen Projekten aus „finanziellen Gründen“ zustimmen.

Das Geld ist da - es muß den Kriegstreibern abgenommen werden!

- Deutsche Rüstungsausgaben 2023: 66,8 Milliarden (US – Dollar)!
Quelle: Analyse des Stockholmer Instituts für Internationale Friedensforschung (SIPRI) vom 22. 4. 2024.
- 10 % davon würden ausreichen, die allerdringendsten wirtschaftlichen Probleme der Bundesländer zu lösen!



WER IST MARION BAUR?

Marion Baur wurde in Wilhelmshaven als Tochter eines Schneiders geboren. Sie ist Weberin, hat auch eine Ausbildung als Einzelhandelskauffrau / Textil absolviert. Während ihres über 30 Jahre währenden Aufenthalts in Irland erwarb sie zusätzlich ein Universitäts – Zertifikat in „traditionelle Handwerkstechniken“ an der „University of Ulster“. Seit 2021 in Brandenburg, arbeitet sie weiterhin als selbständige Weberin.

Vom ersten Lehrjahr an bis zur Selbständigkeit wurde sie von ihren Kolleginnen und Kollegen immer als Repräsentantin gewählt: Jugendvertreterin, Betriebsrätin und in zahlreiche Funktionen innerhalb ihrer Gewerkschaft. Auch heute ist sie Mitglied der IG Metall Südbrandenburg. In Irland kandidierte sie 2003 zur Wahl des nordirischen Regionalparlaments. Von der KP Irlands wurde sie zum Mitglied des Nordregionsvorstands und des ZK gewählt.



MEIN VERHÄLTNIS ZUR ARBEIT

Am Besten kann ich das mit einem Zitat von Friedrich Engels erklären:

„Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums, sagen die politischen Ökonomen. Sie ist dies – neben der Natur, die ihr den Stoff liefert, den sie in Reichtum verwandelt. Aber sie ist noch unendlich mehr als dies. Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen.“

(aus: Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen)

MEIN VERSPRECHEN

Die Landtagsabgeordneten in Brandenburg erhalten derzeit für wenig bis keine Arbeit pro Monat *nahezu 10.000 Euro* Vergütung (ohne „Nebenverdienste“ aus sogenannten Beraterverträgen etc.!) Das ist ein Skandal, den ich – sollte ich gewählt werden – nicht mittragen werde. Ich werde nicht mehr Aufwandsentschädigung annehmen, als eine einfache Arbeiterin (in Teilzeit) verdient, *maximal 1.000 Euro* pro Monat. Den Rest – jeden Euro und jeden Cent – werde ich für soziale Projekte, für Antikriegsaktivitäten und zur Hilfe für Arme zur Verfügung stellen, jederzeit einsehbar und überprüfbar.



VERSUCH EINER VISION FÜR DIE ZUKUNFT

Ich bin überzeugt: Echte Verbesserung der Situation der kleinen Leute, wirklich besseres Leben und Leben in Frieden ist nur in einem grundlegend geänderten System möglich. In der DKP nennen wir das Sozialismus.

Eine solche Systemänderung steht meines Erachtens nicht in naher Zukunft bevor, so gerne ich sie möchte.

Ich bin genauso überzeugt: Hier und jetzt kann / muß viel getan werden, um Veränderungen in die richtige Richtung zu beginnen, nur davon motiviert habe ich mit meinen Freunden und Genoss/innen die Forderungen in diesem Wahlprogramm entwickelt.

Ohne Widerstand gegen die Herrschaft des großen Kapitals sind unseres Erachtens gar keine echten Veränderungen möglich.

Dieser Widerstand muß vor allem auf der Straße, in den Betrieben, in den Wohngebieten geleistet werden. Ihm auch im Parlament eine Stimme zu verleihen, dafür trete ich an.

Hier schließt sich der Kreis:

Wenn wir es gemeinsam, ehrlich und ernsthaft versuchen, wird sich bald Licht am Ende dieses im Moment so endlos scheinenden Tunnels zeigen.

Deshalb – nur deshalb – bitte ich am 22. 9. um eure Stimme.

Lauchhammer im Juni 2024

Marion Baur

„...doch es kommt dazu, trotz alledem
trotz Misstrauen, Angst und alledem
dass sich die Furcht in Widerstand
verwandeln wird, trotz alledem...“

Hannes Wader

